

Veränderung des Schriftbildes
Partei Deutschlands



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 83
Fernschreiber 0886890

P/XIV/118 - 30. Mai 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Kriegsveteranen warten Von Franz Barsig	70
3 - 4	Ansatz zum Erntespurt Bericht aus Genf	85
5	Algerien im Schatten der Genfer Konferenz Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	46
6	Die Oder muss warten Das Projekt des Donau-Oder-Kanals bis auf weiteres vertagt	50

* * *
* * *

Die Kriegsoffer warten

Von Franz Barsig

Der Ältestenrat des Bundestages hat bei der Überprüfung seines Arbeitsplanes bis zum Beginn der Sommerpause nach der Wahl des Bundespräsidenten am 1. Juli in Berlin festgestellt, dass es nicht mehr möglich sein wird, die Novelle zur Kriegsofferversorgung wenigstens in erster Lesung zu behandeln. Der technische Grund hierfür ist, dass der Bundesrat bei der Kompliziertheit der Materie die ihm zustehende Drei-Wochen-Frist der sogenannten Verlaufsberatung ausnutzen wird. Dem Bundestag würde das Gesetz also erst in den letzten Juni-Tagen zugehen, und dann ist es eben zu spät.

Die CDU/CSU-Fraktion hat nach der Sitzung des Ältestenrates eilfertig verkündet, dass im Ältestenrat eine Übereinstimmung mit allen Fraktionen erzielt worden sei. Von Übereinstimmung kann keine Rede sein, es sei denn, dass man feststellt, dass man die Gesetze des Termin-Kalenders nicht verändern kann. Dass es aber so gekommen ist, das ist ausschliesslich die Schuld der Bundesregierung und der grössten Regierungspartei, die die volle Verantwortung allein dafür zu tragen hat, dass der deutsche Bundestag erst im September mit der Beratung der Novelle zur Kriegsofferversorgung beginnt und leider damit gerechnet werden muss, dass die Beratungen einschliesslich des zweiten Durchgangs im Bundesrat kaum in diesem Jahre abgeschlossen werden können.

In diesem Zusammenhang ist es gut, wenn man an die Leidensgeschichte dieser Novelle erinnert. Sie beginnt genau acht Tage vor den Bundestagswahlen 1957. Damals wurde ein Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Krone und Bundeskanzler Adenauer veröffentlicht. Dr. Krone regte bei Adenauer an, unmittelbar nach den Wahlen eine Novelle zur Kriegsofferversorgung einzubringen, die eine Reihe von Härte-Bestimmungen ausschalten sollte. So besteht beispielsweise immer noch der unsinnige Zustand, dass die jeweilige finanzielle Erhöhung der Kriegsofferrente postwendend wieder abgezogen wird, wenn noch andere Leistungen, wie beispielsweise aus dem Lastenausgleich, der Sozialversicherung, oder der Arbeitslosenfürsorge gewährt werden. In diesem Zusammenhang sprach sich Dr. Krone auch für eine grundlegende Reform der Kriegsofferversorgung aus. Der Kanzler hat dieses Schreiben zustimmend zur Kenntnis genommen und entsprechende Zusagen gegeben.

So vor den Wahlen. Nach den Wahlen folgte zunächst einmal nichts. Wir wollen nicht kleinlich sein; eine neue Regierung braucht eine gewisse Anlaufzeit, und sie kann das erste halbe Jahr ausser Kritik bleiben. Aber als dieses halbe Jahr verstrichen war, geschah weiter nichts. Obwohl die Kriegsoffer ständig mahnten, fühlte sich der Bundesarbeitsminister dadurch in seiner Ruhe nicht gestört. Es vergingen weitere 14 Monate, ehe das Kabinett einen Gesetzentwurf verabschiedete. In der Zwischenzeit war aber von einer Reform der Kriegsofferversorgung überhaupt nicht mehr die Rede, übrig blieb eine kleine Novelle.

Aber so klein diese Novelle ist und so gering der finanzielle Aufwand, so gefährlich ist sie für die Kriegsoffer selbst, weil sie den Grundsatz des Solidaritäts-Prinzips in der Kriegsofferversorgung erstmalig durchbricht und gewisse Elemente des Fürsorgedenkens einführt. Darüber werden im Parlament noch harte Kämpfe entbrennen, und bei der Schärfe der Auseinandersetzung ist auch damit zu rechnen, dass im vorparlamentarischen Raum einiges geschehen wird.

Nur ein Argument der Bundesregierung sollte man von vornherein zurückweisen, das Argument, es stünden für diesen Zweck eben nur 550 Millionen DM zur Verfügung, und wer mehr fordere, der müsse auch bereit sein, höhere Steuern in Kauf zu nehmen. Es ist seltsam, aber dieses Argument ist immer nur dann zu hören, wenn es um soziale Leistungen geht. Jede andere Ausgabe, selbst wenn es kostspielige Neubauten von Herrn Würmeling oder unangemessene Pensionen für Minister sind, kann bestritten werden, ohne dass der Bundesfinanzminister Einspruch erhebt oder die Bundesregierung gar, wie im Falle der Kriegsofferversorgung, vorsorglich und drohend von der Anwendung des Artikels 113 des Grundgesetzes spricht. Die sozialdemokratische Partei und Bundestagsfraktion lassen jedenfalls dieses finanzielle Argument nicht gelten, und sie werden der Bundesregierung bei der zweiten Lesung des Etats nachweisen, dass es ihr mehr an gutem Willen als an Geld fehlt.

Doch davon haben die Kriegsoffer jetzt und in den nächsten Monaten leider nichts. Sie werden weiter warten müssen. Man kann sie bedauern, aber man muss ihnen auch in allem Ernst sagen, dass sie sich letzten Endes bei denen zu bedanken haben, die 1957 eine Adenauer-Mehrheit zustande gebracht haben.

Ansatz zum Endspurt

G.M., Genf

Immer mehr verdichten sich die Informationen aus den Delegationen der Außenminister-Konferenz, wonach Ost und West in dieser vierten Konferenzwoche das Kommuniqué ausarbeiten wollen, mit dem sie gewisse Empfehlungen an die Regierungschefs weiterzuleiten gedenken. Der Rhythmus der sogenannten öffentlichen Sitzungen und Geheimbesprechungen wird schneller werden. Die Außenminister-Konferenz setzt zum Endspurt an.

Zu den bereits in unserer gestrigen Ausgabe erwähnten analytischen Arbeiten der Mitarbeiterstäbe ist noch ein Thema hinzugekommen, das besonders von den Franzosen in den Vordergrund geschoben wird: die Überprüfung der Frage, ob Ost und West gemeinsam in entwicklungs-fähigen Ländern, möglichst unter dem Patronat der UNO, als Finanziers für kulturelle und wirtschaftliche Entwicklungen auftreten können. Vor etwa vierzehn Tagen hat Staatspräsident de Gaulle diese Idee präzisiert, und es ist anzunehmen, daß sie hier in Genf ihren Niederschlag finden wird.

"Diese Deutschen ..."

Den denkbar schlechtesten Eindruck haben hier in Genf die Kontroversen der beiden deutschen Delegationen über das Problem hinterlassen, wer von ihnen der größere "Militarist" sei. Die völlig deplacierte Pressekonferenz des stellvertretenden DDR-Verteidigungsministers Hoffmann war der Anlaß dazu. Es wirkt irgendwie gespenstisch, wenn man miterleben muß, wie die "Großen Vier" bemüht sind, einen noch so kleinen Kompromiß herauszuarbeiten, während sich die Deutschen buchstäblich am Boden zerstören. Abgesehen davon, daß die gastfreundliche und neutrale Schweiz in der Samstag-Presse einmütig die primitiven Propagandakonferenzen der DDR als geschmacklos, störend und sogar die Konferenz gefährdend bezeichnet, sind in allen Delegationen jetzt Zweifel darüber aufgetaucht, ob nicht derartige Veranstaltungen den Zweck verfolgen, das Finden eines Kompromisses in der speziellen Deutschland-Frage unmöglich zu machen.

Bei französischen und polnischen Konferenzbeobachtern hat man die in der ost- und westdeutschen Pressekonferenz genannten Zahlen über die militärischen Stärken sorgfältig addiert und festgestellt, daß "die Deutschen" zur Zeit über die größte Militärmacht verfügen. Man kommt bei dieser Addition auf etwa 2,5 Millionen (!) Mann.

Natürlich ist diese Art von Addition politisch unreal, sie zeigt jedoch recht deutlich, was man bei den Franzosen und Polen zu denken beginnt. Es ist daher nicht verwunderlich, daß ein bekannter französischer Journalist nach den beiden deutschen Pressekonferenzen sarkastisch sagte: "Wenn das so weitergeht, brauchen und dürfen wir uns eigentlich gar nicht mehr um die Wiedervereinigung Deutschlands zu kümmern ..."

Eine Befürchtung - isolierte Berlin-Lösung

Bei den Vorarbeiten für das Abschlußkommunique der Außenminister-Konferenz herrscht in den einzelnen Delegationen allgemein der Eindruck vor, daß die Lösung der Berlin-Frage wahrscheinlich aus den von Ost und West während der Konferenz vorgelegten "Paketen" herausgehoben wird. Dieses Wort "herausgehoben" ist ein etwas besser klingender Ausdruck für den Begriff "isoliert". Wenn es richtig ist, was man von allen Seiten hört, daß die anderen Konferenzthemen, wie etwa die Wiedervereinigung Deutschlands, die militärische Entspannung und gewisse Vereinbarungen oder Empfehlungen über die Fortsetzung von Abrüstungsverhandlungen nur andeutungsweise als mögliche spätere Verhandlungsgegenstände aufgezählt werden, dann bleibt tatsächlich und praktisch nur noch die Festlegung darüber übrig, was im Augenblick mit Berlin geschehen soll oder kann.

Keine der beiden Seiten will von ihren "Prinzipienerklärungen" abgehen. Da aber beide Seiten bestrebt sind, die Tür zum Weg nach der Gipfelkonferenz aufzuhalten, bleiben sie auch bemüht - bei Wahrung ihrer Prinzipien -, für Berlin einen "modus vivendi" zu finden.

Es hat hier einiges Aufsehen erregt, als der Berliner Senator Günter Klein erklärte, der Berliner Senat habe bei der Ausarbeitung des westlichen Berlin-Vorschlages nicht mitgewirkt. Verschiedentlich wurde diese Äußerung Kleins so ausgelegt, als habe der Senator damit andeuten wollen, Berlin sei durch diesen Vorschlag überrascht worden. In der westdeutschen Delegation küllt man sich dazu in Schweigen, läßt jedoch durchblicken, daß "etwas besser wäre, als gar nichts".

Um dieses "etwas" geht es jetzt. Selbstverständlich wollen die Westmächte versuchen, nicht nur die Zugänge vom Westen nach Berlin freizuhalten, sondern auch die Zustimmung der Russen dafür zu erhalten, daß West-Berlin wirtschaftlich mit der Bundesrepublik verbunden bleibt.

Es ist zu vermuten, daß die Russen dem zustimmen werden, wenn der Westen darauf verzichtet, seinen jüngsten Vorschlag, aus ganz Berlin eine "Freie Stadt" zu machen, zu wiederholen. Die Zustimmung der Russen dürfte jedoch nur unter der Voraussetzung gegeben werden, daß die anderen an die Gipfelkonferenz weiterzuleitenden Empfehlungen so konkret wie möglich gehalten werden.

Das ist der Stand der Dinge zu Beginn der vierten Konferenzwoche. Es ist noch zu früh, eine Bilanz aufzustellen, die ja im Blick auf das Problem Nr. 1 der deutschen Politik - die Wiedervereinigung - einmal aufgestellt werden muß. Heute schon darf jedoch gesagt werden, daß von westdeutscher Seite - von der ostdeutschen braucht in diesem Zusammenhang nicht geredet zu werden, denn sie war ganz offensichtlich nur hierhergekommen, um ihre Existenz international bestätigen zu lassen - wenig oder gar nichts getan wurde, um die Verhandlungen über die militärische Entspannung in Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands in Fluß zu halten.

Algerien im Schatten der Genfer Konferenz

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer.

Obwohl die französisch-algerischen Geheimverhandlungen zum Abschluß eines Waffenstillstandes in Paris, Rabat und Tunis demontiert werden, zweifelt in Paris niemand mehr an den gegenwärtigen Besprechungen.

Philippe Bauchet, Stellvertreter von General Ely, begegnete in den letzten Wochen mehrmals in Lausanne dem Vertreter des Chefs der algerischen Exilregierung Ferhat Abbas, verlautet in Paris. Man spricht auch von Besprechungen des indischen Botschafters in der französischen Hauptstadt nach dem Besuch von Ferhat Abbas in Neu-Delhi. Auch von Verhandlungen mit Kairo ist die Rede.

Kein Wunder, daß die französischen "Ultras" sich wieder im Alarmzustand befinden. Der französisch-algerische Abgeordnete Lauriol versuchte, im Namen der "algerischen" Parlamentsfraktion den Zorn der Extremfaschisten dadurch zu dämpfen, daß er einen Bericht abfaßte, der das Wort "Integration" durch "territoriale Einheit" ersetzt und eine Art Kompromiß zwischen den "Ultras" und den Gaullisten der UNR anstrebt. Auf der anderen Seite soll in der "Generaldelegation" in Algier wieder die Verhaftung und Ausweisung der radikalsten europäischen Rädelsführer und Hetzer in Aussicht gestellt werden. Bis jetzt wurde von solchen Maßnahmen nur viel gesprochen, aber nicht gehandelt.

Der "Zorn" der "Ultras" hat jetzt alle Mai-Putschisten erfaßt. Als ihr Sprecher hat Alain de Sérigny, ehemaliger Pétainist und UNR-Abgeordneter, Chefredakteur des "Echo d'Alger", in öffentlicher Rede den neuen französischen Senat angegriffen, der zu einem "Hindernis" für die "Integrations"-Pläne geworden sei. Seine Pfeile galten dem Chef der Widerstandsdemokraten Francois Mitterrand, dem liberalen SFIO-Führer und Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre und selbstverständlich Pierre Mendes-France. Schließlich hat sich auch Georges Bidault in offene Rechtsopposition gegen de Gaulle begeben. Französisch-algerische Verhandlungen haben also, falls sie aus dem Dunkel in das Licht der Öffentlichkeit rücken sollten, mit einer kompakten Rechtsopposition zu rechnen.

Auf der linken Seite haben die Autonomen Sozialisten in Paris in der überfüllten Versammlungshalle der Mutualité ihre Parolen zur Beendigung des Algerien-Krieges bekanntgegeben. Diese erste Massenkundgebung der neuen Partei fand starken Widerhall. Die Autonome SFIO fordert das nationale Selbstbestimmungsrecht für Algerien. Ihr Generalsekretär Depreux konnte von seinen londoner Besprechungen mit den Führern der Labour-Party berichten. Er wird demnächst vor der Unterhausfraktion der britischen Arbeiterpartei über die Ziele des französischen Sozialismus sprechen. Die Neusammlung und der neue Elan der französischen Linken finden in der Öffentlichkeit starkes Echo und sind ein wesentlicher Faktor in der gegenwärtigen Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die unvermeidliche Einstellung der Feindseligkeiten, auf die friedliche Beendigung des algerischen Dramas.

Die Oder muss warten

rh - Um das vor zwei Jahren von der "gegenseitigen Wirtschaftshilfe" im Ostblock bei der Tagung in Moskau beschlossene Projekt des Donau-Oder-Kanals ist es in der letzten Zeit wieder sehr still geworden. Man hatte damals in Moskau eine Reihe von Ausschüssen eingesetzt und deren Vorsitz unter die am meisten interessierten Ostblockländer Polen, Tschechoslowakei und die Sowjetzone verteilt. Die Ausschüsse waren auch sofort an die Arbeit gegangen und sorgten nach jeder Sitzung für eine entsprechende Publizität. Die Zeitungen brachten ausführliche Artikel und waren auch bei den Prognosen nicht kleinlich, so dass der Eindruck entstehen musste, dass mit dem Kanalbau "demnächst" begonnen werden könnte. Nur die Finanzierung machte gewisse Schwierigkeiten, aber da war bereits von einer "internationalen Kanalbaugesellschaft" mit einer Einbeziehung Österreichs und auch des Westens die Rede - denn der Kanal sollte ja ganz Mitteleuropa, ja ganz Europa dienen.

Diese Zukunftssicht wird auch weiterhin von der Prager Zeitung "Lidova Demokracie" vertreten, die in einem ausführlichen Bericht über das Kanalprojekt die Feststellung macht, dass der Weg vom Norden nach dem Süden Europas nur durch den "tschechoslowakischen Suez(kanal)" verkürzt werden könnte, der der Schlüssel "zum Herzen der alten Welt" bilden werde. Aber die Prager Zeitung stellt auch gleichzeitig fest: "Es ist möglich, dass es noch zehn Jahre dauern wird, bevor das entscheidende Wort (über den Kanalbau) fällt". Denn nach dem Bericht der Zeitung hat man sich bisher noch nicht einmal über den Lauf des Kanals in der Tschechoslowakei selbst - auf die von den 307 Kanalkilometern 256 km entfallen - einigen können, und es bestünden auch weiterhin "einige Alternativen". Man weiss auch nicht, ob man den Lauf der March für den Kanal ausnutzen soll oder ob grundsätzlich ein eigenes Kanalbett anzulegen ist. In jedem Falle aber, so lässt die Prager Zeitung durchblicken, wird der Kanalbau viel Geld und viel Arbeit erfordern. Bei den vielen Bauvorhaben der Tschechoslowakei bis zum Jahre 1965 und dann 1970 ist bei der angespannten Arbeitsmarktlage an eine Abstellung von Arbeitskräften für den Kanalbau nicht zu denken.

Den zuständigen Stellen in Warschau dürfte dieses Zaudern Prags nicht ungelegen kommen. Denn die Hinweise der polnische Presse, dass vor Beginn des Baues des Donau-Oder-Kanals zuerst die Oder und ihre Wasserverhältnisse "in Ordnung gebracht" werden müssten und dass es sich dabei um ein "internationales Problem" handle, sind bisher in Pankow und Prag ohne besonderen Widerhall geblieben. Von einer Bereitwilligkeit, Warschau beim Ausbau der Oder behilflich zu sein, ist in Prag und Pankow nichts zu verspüren, zumal die "gegenseitige Wirtschaftshilfe" inzwischen eine Reihe aktuellerer Wirtschaftsfragen in den Vordergrund gestellt hat. Offensichtlich will man Warschau zehn Jahre Zeit lassen, um die Oder selber in Ordnung zu bringen, ohne deren Ausbau und Regelung vor allem des Wasserhaushalts der Bau des Kanals überhaupt nicht begonnen werden kann. So muss also die Oder weiter warten; zugleich mit den Kanal-Plänen sind in der letzten Zeit auch die "Oder-Pläne" verstummt und bleiben auch weiterhin ein Warschauer "Wechsel auf die Zukunft".